

The Public and the Private. Democratic Citizenship in a Comparative Perspective

New Delhi, 2. – 4. November 2000

Bei dem Workshop mit dem Thema „The Public and the Private“ handelte es sich um den vierten im Rahmen des Wertedialogs, den die Konrad Adenauer Stiftung seit langem und weltweit fördert und der zur Zeit eines der Schwerpunktthemen der internationalen Zusammenarbeit darstellt. Ebenso wie die vorangegangenen Themen dieses Dialogprogramms ist auch dieses aus den früheren Diskussionen hervorgegangen. Die Beiträge sowie ein ausführlicher Diskussionsbericht des ersten Workshops in dieser Reihe liegen nunmehr auch in gedruckter Form vor.¹

Die Entwicklung, die die Diskussion über die Trennung der privaten und öffentlichen Sphären seit dem 19. Jahrhundert in Europa genommen hat, wurde nur mit einer großen Verzögerung in Indien rezipiert und dort in einem völlig anderen Licht gesehen. Dennoch ist vor allem aktualiter das Interesse an diesem Thema in Südasien außerordentlich groß. Einen wesentlichen Ausgangspunkt bildet hierbei die Überlegung, daß nicht nur die Inhalte dessen, was mit dem Begriff der „politischen Öffentlichkeit“ umschrieben wird, immer wieder neu der Diskussion bedürfen, sondern auch die Abgrenzung zwischen der politischen und der privaten Sphäre. Die Grenzen zwischen beiden hängen nicht nur von Ort und Zeit ab, sondern auch von der Fragestellung und der Perspektive. Deshalb ist es wichtig, unterschiedliche Aspekte in ihrer Veränderung zu beschreiben, denn insbesondere aus der Reflexion über diese Veränderungen können Impulse für den vergleichenden Dialog erwartet werden – und vielleicht auch umgekehrt.

Vor diesem Hintergrund konzentrierten sich die Referate und Diskussionen des Workshops vor allem auf die Bedeutung der Trennung des Privaten und des Öffentlichen und die Frage, inwieweit diese Trennung für die Konstituierung der politischen Öffentlichkeit in Südasien relevant ist. Die beiden leitenden Fragen des Workshops waren deshalb zum einen, was unter der Trennung des Privaten vom Öffentlichen speziell im indischen Kontext zu verstehen ist, zum anderen, unter welchen Bedingungen und aus welcher Perspektive sich diese Trennungslinie verschiebt und welche Bedeutung diesen Veränderungen heute zukommt. Das Themenspektrum war in fünf Sektionen unterteilt:

¹ Imtiaz Ahmad, Partha S. Ghosh und Helmut Reifeld (Hrsg.), *Pluralism and Equality. Values in Indian Society and Politics*, New Delhi, Thousand Oaks, London: Sage Publications, 2000.

Die erste Sektion versuchte, die Trennungslinie zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre zu beschreiben. Das Eingangsreferat mit dem Titel „The Public as a Social Category“ hielt André Béteille, gefolgt von Dipankar Gupta zu dem Thema „The Domesticated Public. Tradition, Modernity and the Public-Private Divide“. Das dritte Referat in dieser Sektion wurde von Margrit Pernau präsentiert: „From a Private-Public to a Public-Private Sphere. Old Delhi in Comparative Perspective“. Es blieb das einzige, das sich auf einen direkten Vergleich der Entwicklungen in Westeuropa und Indien einließ. In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um die Frage, wie spezifisch die erörterte Trennungslinie für moderne Gesellschaften ist oder ob sie in ähnlicher Form für traditionale Gesellschaften beschrieben werden kann. Ferner kreiste die Diskussion um die Frage, ob es Muster der Entwicklung gibt (zum Beispiel von weniger differenzierten zu komplexeren Formen), mit deren Hilfe Gesellschaften vergleichbar werden. Im Hinblick auf Indien ging es speziell um die beiden Fragen nach der Rolle des Staates für die Konstituierung der politischen Öffentlichkeit in der späten Moghulzeit und inwiefern für das 19. Jahrhundert das Handeln des freien Individuums als Maßstab zugrunde gelegt werden kann.

In diese Diskussion fügten sich unmittelbar die beiden Referate der zweiten Sektion ein: das von Neera Chandhoke über „Transcending Categories. The Private, the Public and the Search for Home“ sowie das von Sarah Joseph über „Creating a Public. Reinventing Democratic Citizenship“. Im Anschluß hieran ging es zunächst noch einmal allgemein um die Frage, warum eigentlich immer noch und immer wieder methodisch auf die Entwicklung im Westen zurückgegriffen wird, um die Trennung zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre in Indien zu erklären. Die meisten Teilnehmer stimmten darin überein, daß Indien selber über genügend Erfahrungen und Beschreibungen dieser Erfahrungen verfüge, um dieses Phänomen methodisch differenziert zu erfassen. Im Anschluß hieran entwickelte sich eine Diskussion darüber, ob für die Konzeptionalisierung der politischen Öffentlichkeit die Annahme eines obersten allgemeinen Guts bzw. gemeinsamer Grundwerte unverzichtbar sei. Einige Teilnehmer vertraten die Ansicht, daß politische Grundwerte in Indien von vornherein konzeptionell breiter, offener und damit toleranter verstanden werden sollten als dies in der politischen Philosophie Europas bisher der Fall gewesen sei. Konkret ging es um die beiden Fragen, wieviel Wettbewerb notwendig zu einer demokratischen Öffentlichkeit dazugehört und welche Rolle dabei den Nicht-Regierungsorganisationen zukommt.

Die dritte Sektion behandelte sodann Fragen der Trennung von Privat- und Öffentlichkeits-sphäre in Bezug auf die sich derzeit vollziehende Liberalisierung in Indien. Die drei Referate wurden präsentiert von Arjun Sen-gupta („Public Sektor and Market Economy“), Kuldeep Mathur („Privatisa-

tion as Reform. Liberalization and Public Sector Enterprises in India“) und Patricia Uberoi („Feminism and the Public-Private Distinction“). Im Zentrum der Diskussion stand wiederum die Frage nach den indischen Besonderheiten. Wenn Öffentlichkeit eine universale Kategorie ist, die potentiell allen offen steht und nicht von vornherein bestimmte Individuen oder Gruppen ausschließt, wie kann sich diese dann in der hierarchisch strukturierten Kastengesellschaft Indiens durchsetzen? Oder haben die Maßstäbe der Marktöffnung und Liberalisierung eine solche Eigendynamik, daß sie zu einer Erweiterung der individuellen Freiheitsrechte beitragen können?

In der vierten Sektion ging es um den Rechtsstaat und die Grundrechtsbeziehungen zwischen dem Individuum und dem Staat. Den Einstieg hierzu bot Gail Omvedt mit einer Erörterung zu „Correcting Historical Injustices“, gefolgt von zwei juristischen Referaten über die Grundrechtsdiskussion in Deutschland („Protecting the Individual. Fundamental Rights as Safeguard of the Public Sphere“) von Clauspeter Hill und über die Rechtsprechung in Indien („Legislating the Private. Legal Notions of Privacy“) von Rajeev Dhanwan. Die Diskussion hierzu konnte wiederum unmittelbar an die der vorangegangenen Sektion anknüpfen. Entwickelt sich unter den Bedingungen der Liberalisierung eine neue Balance zwischen den Interessen des Einzelnen und denen des Staates? Weder der Wirtschaft noch dem Staat geht es lediglich um unmittelbare Effizienz, sondern es scheint unübersehbar ein genuines Interesse an langfristiger Stabilität und nachhaltiger Entwicklung zu geben. Für die Stellung des Einzelnen bedeutet dies jedoch, daß auch seine privaten Interessen mehr und mehr im öffentlichen Sektor verankert und geschützt werden. Die Aufgabe des Staates im Hinblick auf eine demokratische, „staatsbürgerliche“ Öffentlichkeit ist es dann, sicherzustellen, daß dieser Prozeß die Freiheitsrechte des Einzelnen vergrößert, ohne ihn zum Opfer eines unkontrollierbaren Wettbewerbs werden zu lassen.

Die fünfte und letzte Sektion griff noch einmal mit Blick auf den indischen Kontext die klassische Frage nach der Geltung eines obersten allgemeinen Guts („public good“) auf und versuchte an die in Indien sehr populäre Diskussion über „Democratic Governance“ anzuknüpfen. Der erste Teil dieser Sektion konzentrierte sich auf die Optionen, die sowohl durch die erweiterte Gesetzgebung zur lokalen Selbstverwaltung als auch durch den gesteigerten Einfluß von Nicht-Regierungsorganisationen eröffnet worden sind. Hierzu referierten George Mathew über „People's Participation and Self-Government“, Aswini Ray über „Voluntary Action and Citizenship“ und Harsh Sethi über „Reworking the State-Citizen Dialectic“. Was die lokalen Selbstverwaltungskörperschaften betrifft, stimmen alle Teilnehmer darin überein, daß die erweiterte Gesetzgebung seit 1994 die Grenzen zwischen privat und öffentlich deutlich verschoben habe. Hierdurch wurden zweifellos die Möglichkeiten, demokratischen Druck von unten auszuüben,

in den meisten indischen Bundesstaaten erweitert. Eine ebenfalls erweiterte Einflußnahme auf die Gestaltung der politischen Öffentlichkeit geschieht durch Nicht-Regierungsorganisationen, doch stand die Mehrheit der Teilnehmer dieser Entwicklung sehr viel skeptischer gegenüber.

Der zweite Teil dieser Sektion bildete quasi den Abschluß des Workshops. Die Grundlage der Diskussion bildeten die beiden Referate von L.C. Jain über „Public Ethics and Accountability“ sowie von Gurpreet Mahajan über „Individual, Community and Democratic Citizenship“. Im Mittelpunkt standen hierbei die Rechtssicherheit in Indien und die häufig konfligierenden Rechte. Ähnlich wie in dem ersten Workshop in dieser Reihe vor zwei Jahren kreisten die Überlegungen am Schluß erneut um das Verhältnis von Individual- und Gruppenrechten in Indien sowie um die Frage, welche Rechte sich im Gesetzgebungsprozeß stärker durchsetzen als andere.

Der Workshop „The Public and the Private“ wurde in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Gurpreet Mahajan von der Jawaharlal Nehru University konzipiert, vorbereitet und durchgeführt. Obwohl es sich um eine Veranstaltung im Rahmen des Wertedialogs handelte, konnte das Thema in sich geschlossen behandelt werden, so daß es sich für eine eigenständige Publikation der Ergebnisse anbietet. Das Dialogelement, also der Austausch über unterschiedliche Grundwerte und deren aktuelle politische Bedeutung in Westeuropa und Südasien, konzentrierte sich vor allem auf die alte Frage nach der Legitimation demokratischer Staatsbürgerschaft. Wie sich gegen Ende hin immer deutlicher herausstellte, wird dies noch stärker in die Überarbeitung der Beiträge einfließen, als es bereits in den Diskussionen zum Tragen kam.

Helmut Reifeld

Global Conference Against Racism and Caste Based Discrimination: Occupation and Descent Based Discrimination against Dalits

New Delhi, 1. – 4. März 2001

Das Thema der Konferenz geht zurück auf die UN-World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (WCAR): United to Combat Racism: Equality, Justice, Dignity, und orientierte sich an einer Erklärung der UN-Sub-Commission on Human Rights (Sub-Commission) vom 9. August 2000: "(...) discrimination based on occupation and descent is a form of discrimination prohibited by international human rights law." Wichtige Eckpunkte eines durch die Sub-Commission in Auftrag gegebenen Arbeitspapiers zur WCAR bildeten den Konferenz-